

Zweite Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Bezugspreise: für Halle monatlich... 1.70 Mk., für die Post 2.20 Mk.

Anzeigengebühr: Die 8 gefaltene 33 mm breite... 2.50 Mk., Anzeigen nehmen an...

Neue Spannungen im Völkerbund Die Streikdrohung der Verkehrsbeamten / Sozialistische Einheitsfront in Berlin.

Eine deutsch-französische Übereinstimmung in Oberschlesien

Die polnische Presse bezeichnet mit Bewunderung die Versicherung des 'Echo de Paris', daß Frankreich noch immer sich auf dem Standpunkt befindet, die Zulassung der gebürtigen Oberschlesier zur Volksabstimmung abzuwarten...

Den Gedanken der Notwendigkeit der Verstärkung der Besatzungstruppen findet man auch sonst in einigen englischen und sehr vielen französischen Blättern. So schreibt die 'Liberte': 'In Oberschlesien befinden sich 11 000 Franzosen und 2500 Italiener. Die Engländer haben ihre Truppen unter verschiedenen Vorwänden schon längst zurückgezogen...

Allen Respekt vor dem militärischen Sachverständigen, aber die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Oberschlesien hängt viel weniger von der Zahl der allierten Truppen ab, als von dem guten Willen der Führer dieser Truppen...

Stimmen wir also mit der 'Liberte' in der Frage der Verstärkung der Truppen in Oberschlesien nicht überein, so können wir dafür dem französischen Vatte nur vollen Beifall spenden, wenn es in seinen Betrachtungen über die Truppenvermehrung festhält: 'Soviel Truppen kann aber Frankreich nicht enthalten, es kann vormalig nicht mehr einen einzigen Mann hergeben. Wenn die englische Regierung, den deutschen Wünschen entsprechend, verlangt, daß auf der Abstimmlung nicht die ausgearbeiteten Oberschlesier teilnehmen (dies dürfte eigentlich nicht nur die englische Regierung fordern, sondern auch die französische) müßte es tun, denn es entspricht den doch auch von Frankreich unterzeichneten Friedensbedingungen...'

Das ist nun allerdings eine reichlich seltsame Darstellung der Tatsachen. Wie die Franzosen im Reichstag das Eingreifen deutscher Truppen bei den kommunalistischen Unruhen im Rheinisch-vestfälischen Industriegebiet zum Vorwande für ihren grollreichen Vormarsch nach Frankfurt a. M. nahmen, hatten sich die Alliierten durchaus nicht, 'in die französischen Truppen gewandt', sondern sie waren im Gegenteil von dem einseitigen Vorgehen Frankreichs recht unliebsam überrascht...

Wieder hört man sich nach Fragen darüber, wie brutal die französischen Soldaten sich gegenüber harmlosen deutschen Zivilisten benehmen. So ist vor einiger Zeit in Verbindung mit dem Wai einer Delegation von französischen Soldaten nunmehr angestempelt worden, und obwohl der Vorfall sich jetzt nach und nach beruhigt, wurde er von französischen Soldaten gewirkt. Ein deutscher Zeuge, der anderen Deutschen den Vorgang erzählt, wurde von zwei französischen Soldaten in eine dunkle Kiste gedrückt und von dem einen geschlagen, während der andere mit blanker Waffe hinter ihm stand, um einen Widerstand unmöglich zu machen. Ähnliche Vorgänge ereignen sich sehr häufig, und obwohl die deutsche Bevölkerung in bewunderungswürdiger Weise ihre Ruhe bewahrt, kann man sich nicht wundern, wenn sich eine große Erörterung in den oberirdischen Kreisen angeschlossen hat. Eine Vermehrung der französischen Truppen würde voraussichtlich auch eine noch größere Häufigkeit der Ausgeweitungen gegen Deutsche und damit eine Entwertung der Erregung bedingen.

Deshalb wäre es fiderlich erwünscht, daß, wenn die alliierten Truppen in Oberschlesien vermehrt werden sollten - wie wieder aber bei unserem grundsätzlichen Standpunkte, daß dies nicht notwendig ist -, dann jedenfalls Mannschaften anderer allierter Mächte herangezogen würden, nicht aber Franzosen. Insofern also ist uns von der 'Liberte' ausgeprochene Protest gegen die weitere Entsendung fran-

zösischer Soldaten nach Oberschlesien außerordentlich empfindlich, und es freut uns sehr, wenigstens einmal mit einem französischen Blatte in einer oberirdischen Angelegenheit übereinstimmen zu können.

Zur Abstimmung in Oberschlesien.

Warschau, 8. Dezbr. (Eigene Drahtnachricht.) Die polnische Regierung hat bis jetzt offiziell noch keine Kenntnis von dem Standpunkt der polnischen Regierung über die Frage der Abwahlung des Reichspräsidenten in Oberschlesien. Der 'Tempo' Korrespondent glaubt behaupten zu können, daß die polnische Regierung folgendes als unerschlichen betrachtet würde: Wollte man auch den nicht in Oberschlesien ansässigen, aber in Oberschlesien geborenen Personen das Stimmrecht gestatten, allen denen, die Oberschlesien seit längerer Zeit, etwa seit 1908, verlassen haben, müßte das Stimmrecht verweigert werden. Ferner soll der Abstimmungstermin für die nicht in Oberschlesien ansässigen Stimmberechtigten auf einen etwa zwei Wochen später angelegten Termin verlegt werden, wobei jedoch die Bestimmung aufrechterhalten bleiben soll, daß ein jeder: von ihnen in seinem Geburtsort stimmt. - Deshalet ist auch noch da. Er hat einem Mitarbeiter des 'Grenzpost' erklärt, daß er im Departement Cure et Visite für die kommenden Sonntagssitzung kandidieren werde. Seine Worte haben an ihre Erfahrung die Bedeutung, daß er seine Kandidatur noch einige Wochen fortsetzen könne. - Das Mitteil der polnischen Völkerbundsdelegation Asterjan erfuhr dem 'Echo de Paris', daß gegenwärtig von Deutschland und Rußland gleichermäßen in Genf eine Propaganda getrieben werde, um das Ansehen Polens beim Völkerbund herabzusetzen. Die Abstimmung in Oberschlesien ist vielleicht der oberirdische Hofes für ein selbigeles und mit Rußland in Frieden lebendes Polen auspricht. Aber gerade deshalb arbeiten verschiedene Elemente darauf hin, diesen Frieden unmöglich zu machen. Dello mehr bemüht man sich um deutsche und von russischer Seite, diese Schwierigkeiten zu vermeiden und zu weichen, um unter Ansehen beim Völkerbund zu schwächen und auf diese Weise die Lage der Polens zu bessern. Ich hoffe, daß der aufrichtige Sinn und der Ehrgeiz der Völkerbundsmitglieder diese Intrige zurück zuweilen wird.

Die Kohlensozialisierung.

Wie die 'TU' erzählt, sind die Verhandlungen der Verknüpfungskommission in der Sozialisierungsfrage des Bergbaues in Eisen vorläufig auf vier Wochen vertagt worden, nachdem eine einstimmige Stellungnahme zu den vorliegenden Anträgen sich nicht ermöglichen ließ. Die Intrige scharfer Fall an dem Widerspruch der Arbeitgeber, daß an dem der Arbeitnehmer, oder ihre Durchführbarkeit wurde aus finanziellen und bürokratischen Gesichtspunkten bezweifelt.

Aus dem sächsischen Landtag.

In der zweiten Sitzung des sächsischen Landtages kam es zu einem sehr erregten Zwischenfall. Der Abgeordnete Segner forderte bei der Wahl der Ausschüsse, daß der demokratische Partei im Finanzausschuß ein Sitz mehr zugebilligt werde, da die Unabhängigen und Kommunisten in den Ausschüssen stärker vertreten seien als sie nach ihrer Mitgliederzahl beanspruchen dürften. Dieser Antrag veranlaßte den kommunistischen Antrag zu heftigen Zusätzen gegen die Bürgerlichen. Schon im Vorgespräch hätten sich die Kommunisten an dem Aufstand beteiligt, der eigentlich schon mehr ein Wiederholung gewesen sei. Dann sprach er vom parlamentarischen Kretinismus und nannte schließlich den Landtag eine parlamentarische Trödelbude. Es entstand im Saale ein großer Lärm, worauf der Präsident den Abgeordneten zur Sitzung rief und hinzufügte: 'Wenn Sie weiterreden, dann lann ich Ihnen noch ganz andere Dinge sagen.' Abgeordneter Segner erklärte darauf, daß er sich weder durch den Ordnungsruf noch durch die Mitteilung des Hauses daran hindern lassen werde, die Dinge so zu nennen, wie sie genannt werden müßten. Die letzte Entscheidung liegt doch nicht im Parlament, sondern bei der Arbeiterschaft selbst. Der demokratische Antrag wurde darauf gegen die Stimmen der Deutschen und der äußersten Linken angenommen. Heute findet die Wahl des Ministerpräsidenten statt, bei der es vielleicht einige Weckerrassagen geben wird. Es ist nicht auszuschließen, daß die bürgerlichen Abgeordneten bei der Wahl den Saal verlassen. Es müßte dann eine neue Sitzung anberaumt werden, in der die Wahl ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Abgeordneten stattfindet. Diese bürgerliche Demonstration würde zwar die Wahl des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten nicht verhindern, aber sie würde zeigen, wie unzufrieden man in Sachsen mit dem sozialistischen Regiment in bürgerlichen Kreisen ist.

Das Streikverbot des Postministers.

Der Zentralverband deutscher Post- und Telegraphen-Bediensteten, der deutsche Eisenbahner-Verband, der Verband deutscher Post- und Telegraphen-Arbeiter und Handwerker und der Verband des gesamten Post- und Telegraphen-Personals werden sich in einer gemeinsamen Protestpetition gegen das Streikverbot des Reichspostministers. Es heißt darin, wird den Forderungen der Beamten und Lohnangehörigen der Postämter und Telegraphen-Bureau nicht Rechnung getragen, so sehen wir uns gezwungen, von dem uns zulebenden Streikrecht Gebrauch zu machen.

Zwischen den Eisenbahnverbänden und der Reichsregierung eingeleiteten Verhandlungen sind bisher zu einem Abschluß nicht gelangt. Eine Klärung der Verhältnisse dürfte erst in den nächsten Tagen zu erwarten sein.

Die Krisis im Völkerbund.

Der Genfer Kongress begegnet bei jedem Schritt neuen Schwierigkeiten. Der Verlauf der Mittwoch-Sitzung zeigte, daß selbst in rein technischen Fragen nur sehr schwer eine Verständigung zu erzielen ist. Es handelte sich um die Schaffung einer Anzahl von Organisationen, die sich mit wirtschaftlichen und finanziellen Fragen, mit Verkehrsfragen, mit der Drummfrage und mit der Postfrage befassen sollen. Der französische Delegierte Hanotaux legte im Namen der zweiten Kommission über diese Angelegenheit einen Bericht vor, der auf dem Gedanken basiert, daß diese Organisationen in enger Zusammenarbeit mit dem Völkerbunde bleiben, jedoch eine gewisse Selbständigkeit erhalten sollen. Als erstes Disziplinierungsorgan kamen die Abteilungsämter, die in diesen technischen Organisationen auch diejenigen Staaten miteinbehalten, die nicht Mitglieder des Bundes sind. Fragen der Hygiene, des Verkehrswezens und ähnliche Gebiete seien ohne die Mitwirkung aller Länder gar nicht zu lösen. In dem der Kongress alle Völker zu diesen Organisationen zulasse, würde er dazu beitragen, die letzten Kriegsspuren zu verwischen, die heute noch die Menschheit trennen.

Dann sprach der kanadische Delegierte Rowell und gab der Debatte eine genüßliche Wendung. Rowell war natürlich darauf, immer wieder die neue Organisation in eine Welt zu rufen, die ähnlich wie das internationale Arbeitsamt mit dem Völkerbunde zusammenhängen und hohe Kosten verursachen würden. Die überirdischen Staaten wären nicht in der Lage, zu allen diesen Organisationen ständige Vertreter zu entsenden, und dieses müßte schließlich dahin führen, daß Europa die Vorherrschaft im Völkerbunde übernehmen würde. Kanada und wahrscheinlich auch die übrigen außereuropäischen Länder würden es niemals zulassen, daß ihre Angelegenheiten von einem europäischen Komitee geregelt würden. Die Völkerbundsversammlung sei gar nicht befugt, von sich aus diese Organisationen zu errichten, bevor nicht zwischen den Staaten darüber besondere Konventionen abgeschlossen sind. Rowell betonte, daß Kanada während des Krieges, der eine große Fläche der Welt verödet hat, für Europa einen großen Opfer gebracht habe, und daß es nicht fair in dieser Weise fortsetzen könne, den europäischen Interessen dienbar zu sein.

Die Rede Rowells rief in der Versammlung lebhafteste Bewegung hervor, hatte die Runde Stelle der ganzen gegenwärtigen Kongresslage berührt. Milles (Australien) und die Cubaner-Brasilianer traten an seine Seite und sprachen gegen den Kommissionvorsitzlichen. Um dessen Verteidigung bemühten sich Hanotaux und Abdr.

Hanotaux sprach ziemlich erregt von einem überseelischen Partikularismus. Verb Ceill und auch Rowell versuchten dann noch durch einige entzweifelnde Worte die Erregung zu beruhigen, aber schließlich mußte noch der Präsident wieder durch ein tatliches Manöver die Lage retten.

Der humanistische diesmal vor, daß sich die Vertragsstaaten der Kommission mit den Vertretern der überirdischen Staaten in Verbindung setzen, und daß sie eine gemeinsame Formel suchen sollen, die morgen der Versammlung vorgelegt werden wird. Man wird also wohl in der morgigen Sitzung auch diese Schwierigkeiten tunlichst durch einige gelohnte Nebenwendungen überbrücken, während die internationalen Gegenstände, für die niemand ein Heilmittel weiß, weiter bestehen bleiben.

Die Danziger Frage in Genf.

Nach einer Danziger Meldung der 'Post. Ztg.' wird sich heute Senatspräsident Sam nach Genf begeben, um vor dem Völkerbund den Standpunkt des Danziger Senats in der Frage des militärischen 'Schutzes' von Danzig zu erklären. Die Grenzkommission hat die Grenzen des Freistaats festgelegt. Darnach fallen die Reichsbrücken bei Burgau an Polen, dagegen die Rogatbrücke bei Marienburg an Deutschland.

